

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD





Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

• **Obmann**

- **Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**
- **Auswärtiger Ausschuss**

@ petr.bystron@bundestag.de

/bystronpetr

www.petrbystron.de



Corona-Wahnsinn: Wir trotzen dem Lockdown



Dezember 2020 | -2-

In Zeiten von Corona-Lockdown ist es schwierig, Veranstaltungen abzuhalten. Söder verhängt immer härtere „Super-Lockdowns“. Polizisten bewaffnet mit Maschinengewehren kontrollieren die Einhaltung der Ausgangssperren, als wären wir im Krieg. Bedrohungsszenarien werden kreiert als würden in unserem Land Pest und Cholera gleichzeitig herrschen. Was für Hetze veranstalten die Medien alleine vor unserem Bundespartei-tag in Kalkar – man hatte das Gefühl, nach diesem „Superspreader-Event“ wird mindestens die Hälfte der Delegierten samt ihrer Angehörigen von Corona hingerafft sein. Doch es passierte: nichts. Wir trotzen den Corona-Einschränkungen auch als Fraktion: unsere Bürgerdialoge gehen weiter. Besonders in München waren wir erfolgreich, wir hätten die erlaubte Höchstzahl an Besuchern um einige überschreiten können, so viele Interessenten gab es.

Unter dem Motto "Auswirkungen der Corona-Krise auf unsere Wirtschaft" sprach neben mit der Wirtschaftsexperte Hans-Jörg Müller in München, zuvor kam mein Kollege Tobias Peterka aus Bamberg, mit dem wir über die drohenden Massenentlassungen in der Autoindustrie sprachen. Zahlreiche Zuschauer kamen zum ersten Mal zur AfD. Dies zeigt, dass wir durch unsere Haltung in

der Krise für neue Wähler attraktiv geworden sind.

Obwohl das Ordnungsamt und die Kollegen von der Münchener Polizei streng auf die Einhaltung aller Corona-Auflagen achteten, konnte die Versammlung dank guter Vorbereitung wie geplant abgehalten werden.

Dabei liegt die Übersterblichkeit selbst im November nur etwa 8% über dem Durchschnitt, die Anzahl der Lungenkranken liegt 2020 insgesamt sogar unter dem Durchschnitt der Vorjahre. Während es in bayerischen Kliniken konstant lediglich etwa 700 COVID-Intensivfälle gibt, wird über eine Bevölkerung von 13 Millionen Menschen eine totale Ausgangssperre verhängt – eine soziale Katastrophe und volkswirtschaftlicher Irrsinn. Zum Glück gibt es in Deutschland eine Partei, die sich getraut, den völlig unverhältnismäßigen und diktatorischen Lockdown zu hinterfragen – die AfD!

Wenn auch Sie in Ihrem KV trotz Lockdown Veranstaltungen durchführen möchten, melden Sie sich bei mir. Ich habe mit meinem Team ein praktisches Handout erstellt, eine Anleitung, wie man in Corona- Zeiten rechtssicher Versammlungen durchführen kann und stelle diese allen interessierten KVs gerne zur Verfügung.



Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 www.peterfelser.de



Bayrische Amigos und der Wirecard-Skandal

AfD kann Arbeit!

In den beiden letzten Plenarwochen des Jahres habe ich mehrere Gespräche mit Kay Gottschalk geführt, der Vorsitzender des Wirecard-Untersuchungsausschuß ist. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender hat mich besonders interessiert, wie sich das vom Vorstand geschaffene Expertengremium für Untersuchungsausschüsse bewährt und was wir als Fraktionsvorstand tun können, um den Untersuchungsausschuß möglichst effektiv zu unterstützen.

Schnell wurde klar, daß die Dimension des Wirecard-Skandals enorm ist. Kay Gottschalk spricht vom „größten Wirtschaftsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik.“ Die tausenden Aktenordner, die jetzt gesichtet und ausgewertet werden müssen, stellen die Mitarbeiter des Untersuchungsausschuß vor große Herausforderungen. Meist wird bis tief in die Nacht hinein gearbeitet. Besonders interessant für mich als bayrischen Abgeordneten sind die Verwicklungen der Bayern-Amigos. Vom ehemaligen Landespolizeipräsidenten Kindler, der führenden Wirecard-Vertretern

einen Termin bei Staatskanzleichef Herrmann vermittelte, bis hin zu Mitarbeitern der Staatskanzlei haben alle am kriminellen Netzwerk der Firma mit Sitz in Aschheim bei München mitgestrickt. Vielleicht wird Kay Gottschalk in den Aktenbergen ja sogar Hinweise darauf finden, wer bei den wilden Partys in der Münchner Prinzregentenstrasse anwesend war.

Eine besonders bizarre Rolle spielte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Diese Behörde hätte die dubiosen Geschäfte von Wirecard eigentlich aufdecken müssen; stattdessen zockten BaFin-Mitarbeiter mit den Aktien des Unternehmens.

Mein Kollege Gottschalk versprach, daß noch so manche Bombe platzen wird und wir alle sehr gespannt sein dürfen. Er betonte, daß die schnelle Bereitstellung kompetenter Referenten ein Schlüssel für die erfolgreiche Ausschubarbeit gewesen sei. „AfD kann Arbeit.“, sagt Gottschalk. Wir sind optimistisch, daß die AfD als Anwalt des einfachen Mannes hier die Machenschaften der Lobbyismusrepublik ein wenig stören können.

Besuch im Migrantenlager auf Samos

Liebe Mitstreiter, liebe Leser,

dass die Transportroute von der Türkei nach Griechenland, insbesondere auf die griechischen Inseln (z. B. Samos und Lesbos) erfolgt, ist bekannt. Alle Ankommenden werden sogleich als Flüchtlinge bezeichnet, was definitiv nicht richtig ist. Auf den Zelten der IOM steht richtig Migration Center, nicht Refugee-Center. Zumeist entweichen die Migranten einvernehmlich beim Transport nach Thessaloniki; nämlich auf dem Zwischenstopp von den Inseln bei Athen vom Flughafen. Dort tauchen diese organisiert ab, erhalten irgendeinen Balkan-Pass und erscheinen kurze Zeit später an der deutschen Grenze.

Schon bei körperlicher Inaugenscheinnahme erkennt man: das können keine Flüchtlinge sein: gerade gewachsene, junge, starke und virile Männer – mit den bekannten Folgen bei uns.

Wir sind als AFD deshalb im Frühjahr nach Samos gefahren. Die Situation dort war heftig. Die Zustände im Lager waren sehr unhygienisch; trotz der hohen Zahlungen von der EU lag dort überall Müll herum. Die Migranten selbst räumen nichts auf, sondern lassen sich vollständig bedienen. Auf Haufen gedrängt hockten junge Männer herum oder lungern in den Landschaften und Ortschaften herum. Das Sicherheitsgefühl ist deutlich herabgesetzt; das hat Gründe. Doch bei dem vielen Geld von uns an Griechenland stellte sich die Frage, wo das Geld versickert. Immerhin habe ich bislang keinen ein-

zigen Rechenschaftsbericht des europäischen Rechnungshofes gelesen, in dem nicht Korruption, Missmanagement oder Erfolglosigkeit der EU-Maßnahmen kritisiert wurde. Das ist auch einer Kollegin im Europarat aufgefallen. Frau deSutter, eine Kollegin aus Belgien im Europarat; dies ist klar zum Ergebnis gekommen, dass hier von Verwandten der griechischen Minister sogenannte „quasiNgos“ gegründet worden sind – vorgeblich mit dem Ziel der Betreuung von Migranten, tatsächlich wohl eher zum Füllen der eigenen Taschen.

Wie wir alle wissen funktioniert das hervorragend, wenn die zu Kontrollierenden und die Kontrolleure dieselben Interessen haben. Sind diese noch miteinander verwandt, um so leichter und besser ...

Wohl genau deshalb kam vom griechischen Ministerium immer nur der Verweis auf die EU, die hier mehr tun müsste, immer mehr Geld schicken solle.

Der Vorgang liegt momentan der EU Betrugs Behörde vor. Doch wie immer, wenn ein EU Kommissar selbst betroffen ist, tun sich die EU-Behörden intern sehr schwer, zu einem Ergebnis zu kommen und dies auch weiter zu verfolgen.

Deshalb tut sich da auch nichts; wir bleiben aber dran.

Es sind Ihre Steuergelder, die dort versickern – Geld, das hier mindestens ebenso dringend benötigt wird.

Martin Hebner, MdB

Wahlkreis 226: Starnberg - Landsberg am Lech

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Petitionsausschuss
- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.hebner@bundestag.de

f /[HebnerMartin](https://www.facebook.com/HebnerMartin)



Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



johannes.huber@bundestag.de



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)

Petition „Gemeinsame Erklärung 2018“ –

Nur AfD für Rechtmäßigkeit an deutschen Grenzen

Vor 2 Jahren haben Vera Lengsfeld, Henryk M. Broder und viele weitere deutschen Intellektuellen eine Petition beim Deutschen Bundestag eingereicht, die Rechtmäßigkeit an den deutschen Grenzen widerherzustellen. Jetzt haben die Altparteien das Verfahren mitten in der angeblichen 2. „Corona-Welle“ gegen die Stimmen der AfD – abgeschlossen.

Über 50.000 Mitzeichner hatten im Jahr 2018 das Quorum für eine öffentliche Anhörung erfüllt. Das angehörte Bundesinnenministerium behauptet heute, dass dem Anliegen der „Gemeinsamen Erklärung 2018“ teilweise entsprochen worden ist.

Dem ist aber natürlich nicht so:

Die mündliche Anweisung des damaligen Innenministers de Maiziere, jeden Asylsuchenden auch ohne Identitätsnachweis einreisen zu lassen, wurde bis heute nicht von Innenminister Seehofer zurückgenommen. Stattdessen ist es weiter möglich, massenhaft und unkontrolliert ohne Zurückweisung an der deutschen Grenze in die BRD einzureisen, um hier Asyl zu beantragen. Auch der Parlamentsvorbehalt im Bundestag ist bis heute aufgrund der fehlenden Normierung dieser wesentlichen Entscheidung der Grenzsicherung nicht wiederhergestellt worden. Weil eine Ablehnung von AfD-Anträgen dafür laut wissenschaftlichen

Dienst nicht ausreicht, gilt weiterhin der verfassungswidrige Zustand der „Herrschaft des Unrechts“.

Die Rückführungsabkommen mit Griechenland (38 Rückführungen) und Spanien (ganze 3!) sind gescheitert. Dass weniger Migranten nach Deutschland kommen, ist bis heute fast ausschließlich auf die Bemühungen der Staaten entlang der Balkanroute zurückzuführen. Weiterhin macht Deutschland nur unzureichend Gebrauch von den Möglichkeiten des Dublin-III-Abkommens. Von Januar bis November wurden nur 2.755 Personen aus Deutschland zurück in andere EU-Staaten überstellt. Umgekehrt sind es hingegen 3.982 Personen, die aus anderen Staaten nach Deutschland überstellt wurden. Allein bis November 2020 wurden in diesem Jahr 93.758 Neuansprüche auf Asyl gestellt – trotz aller Lockdown-Maßnahmen und der kurzzeitigen Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen.

Während im Zuge des Lockdowns für Einheimische jetzt die Ausgangssperre angeordnet wurde, dürfen Asylbewerber also weiterhin ungehindert einreisen. Selbst im Lockdown werden keine Asylbewerber konsequent an der deutschen Grenze abgewiesen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt...



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

 @Dr Rainer Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

UN-Generalsekretär Guterres zu Gast im Bundestag

Am letzten Freitag vor der Winterpause im Bundestag kam es zu einer relativ kurzfristigen Änderung in der Tagesordnung. Anlass war der Besuch des UN-Generalsekretärs, Antonio Guterres im Deutschen Bundestag. Die Sitzungswoche wurde für dessen Auftritt so gestrafft, dass der Freitag ausschließlich für den Zweck freigehalten wurde, für etwa 30 Minuten den Ausführungen des Generalsekretärs zum Anlass des 75-jährigen Gründungsjubiläums der Vereinten Nationen zu lauschen. Der gesamte Tross der Abgeordneten hätte also ohne diese Veranstaltung bereits einen Tag früher abziehen können und dem Steuerzahler damit wohl einige Kosten erspart.

Die Rede begann mit mehr als nur höflicher Lobhudelei an die Adresse der Bundesregierung und ihrer Kanzlerin. Freilich wurden diese freundlichen Worte teuer mit dem Geld deutscher Steuerzahler erkaufte, denn die Beitragszahlungen der Bundesrepublik an die Vereinten Nationen sind immens. Im Jahr 2019 beliefen sich diese Zahlungen, inklusive der Kosten für sogenannte „UN-Friedensmissionen“ auf über 3,5 Milliarden Euro.¹ Ein Dank dafür an die deutschen Steuerzahler blieb leider aus. Stattdessen machte der Generalsekretär der verzückt lauschenden Abgeordnetenherde klar, dass es noch lange nicht genug ist. Der „Great Reset“ zog sich, ohne wörtlich benannt zu werden, wie ein roter Faden durch die Rede.

Guterres sprach in seiner, auf Deutsch verlesenen Rede von „Gleichstellung“, wo „Gleichberechti-

gung“ gemeint sein müsste. Er sprach davon, dass diese Gleichstellung der Frau durch das Coronavirus massiv zurückgefallen sei, ohne jedoch zu erklären warum das der Fall sein sollte. Und man hatte bei seinem Vortrag immer wieder den Eindruck, dass Frauen insgesamt die „besseren Menschen“ sind. „Coronapolitik“ in Frauenhand sei effektiver, Friedensverträge könnten nur noch unter Beteiligung von Frauen zustande kommen und für all das gab es natürlich quotenkonformen Applaus.

Neben SARS-COV2 wurden in der Rede natürlich die angeblichen Folgen eines Klimawandels vorgebracht. „Apokalyptische Brände und Überschwemmungen, Orkane und Wirbelstürme, sengende Hitze! Ohne koordinierte Aktion ist (...) mit einer Erderwärmung um mehr als 3 Grad zu rechnen!“

Mit Antonio Guterres steht ein bekennender Sozialist an der Spitze der Vereinten Nationen und das war seiner Rede nahezu in jedem Satz anzumerken. Was er unter „koordinierter Aktion“ versteht, ist offensichtlich: Die Einführung eines weltweiten Ökosozialismus inklusive Hoheit supranationaler „Zivilgesellschaft“ und einer UN als Entscheidungsmacht darüber, was Wahrheit ist und was Wissenschaft ist.

Wir als AfD Fraktion im Bundestag werden uns auch im neuen Jahr der Agenda der „großen Transformation“ entgegenstellen!

¹ Quelle: [Auswärtiges Amt](#)



Hans-Jörg Müller, MdB
Außenwirtschaftlicher Sprecher

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f [/MdB.Mueller](https://www.facebook.com/MdB.Mueller)

Schärfung des wirtschaftlichen Kompetenzprofils der AfD-Bundestagsfraktion

Über 2 Jahre feilte ich an einem neuen Wirtschaftskonzept, das unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft statt Globaler Finanzoligarchie – heimische Wirtschaft zuerst“ diesen Herbst als Buch auf den Markt kam. Der Kern meines Wirtschaftskonzeptes ist die Grundlage für das neue Wirtschaftskonzept der AfD-Bundestagsfraktion, das gerade fertiggestellt wird. Somit konnte ich einen wichtigen Beitrag leisten, damit die AfD endlich aus der „rechten Ecke“ herauskommen kann und zunehmend als seriöse Partei mit Wirtschaftskompetenz wahrgenommen wird. Das dauert natürlich aber die Richtung stimmt.

Aktuell kümmere ich mich als Euer Abgeordneter schwerpunktmäßig um Durchblick durch das Coronadickicht, kläre auf, vernetze mich mit örtlichen Bürgerrechtlern und Bürgerinitiativen, gehe mit diesen Menschen auf die Straße – wie zuletzt

in Traunstein – und zeige Flagge für ihr berechtigtes Streben nach Freiheit, demokratischen Grundrechten und Erhalt ihrer wirtschaftlichen Existenz. Zudem verteidige ich die Interessen der mittelständischen Wirtschaft, die über Corona zum Abbruch freigegeben wurde.

Nach meiner Beobachtung bin ich der Einzige der drei Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Traunstein/Berchtesgaden, der sich das traut. Ganz normale Bürger und Wirtschaftstreibende honorieren das, was ich an der deutlich gestiegenen Anzahl von E-Mails, Briefen, Anrufen und persönlichen Besuchen im Wahlkreisbüro ablesen kann.

Die AfD und ihr heimischer Bundestagsabgeordneter haben somit die gesellschaftliche Isolation durchbrochen, die uns vom politischen Gegner und den Staatsmedien die vergangen 3 Jahre auferlegt worden war.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

Stellvertretendes Mitglied:

- Haushaltsausschuss



[/GeroldOttenAfD](#)



[@gerold_otten](#)



[/gerold.otten](#)

Web: www.mdb-otten.de

Keine EU-Armee!

Die SPD im Bundestag hat einen Plan für eine eigenständige 28. Armee der Europäischen Union entwickelt. Weil ihr sicherheits- und verteidigungspolitischer Sprecher, Fritz Felgentreu, in seinem Beitrag in der Welt am Sonntag „die nationale Souveränität als **leidig** empfindet“ sollte der Kampfverband direkt der EU-Kommission und dort einem eigenen „EU-Verteidigungskommissar“ unterstellt werden.

Die doppelte Armeestruktur, parallel zu den nationalen Streitkräften wie der Bundeswehr, feiert Felgentreu als „revolutionären Schub“ für die Handlungsfähigkeit der EU. Der frühere Wehrbeauftragte des Bundestags, Hans-Peter Bartels (SPD), stößt in dasselbe Horn und begrüßt den Vorstoß als „Super Vorschlag“. Damit folgt die SPD dem leitenden Motiv des französischen Präsidenten Macron. Dieser spricht ausdrücklich nicht von einer Stärkung der NATO. Er zielt darauf ab, durch Erlangung einer strategischen Autonomie der EU (unter französischer Führung versteht sich) das seit Jahrzehnten bewährte verteidigungspolitische Band zur NATO mit Amerika als Sicherheitsgarant zu lösen und mit Hilfe einer EU-Armee eigene französische Interessen, beispielsweise in Mali, durchzusetzen.

Im Online Magazin „Politico“ widerspricht die

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zwar dieser Illusion einer europäischen strategischen Autonomie, in früheren Aussagen hat jedoch auch sie ein hohes Lied auf eine „Europäische Armee“ gesungen. Als damalige Kandidatin für den CDU-Vorsitz forderte AKK in einem Interview bei t-online.de, Europa müsse zu neuer Stärke geführt werden. Auf dem Weg zu einer europäischen Armee werde man den Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze ein Stück zurückfahren müssen.

Für uns als AfD-Fraktion im Bundestag steht fest, dass wir einen Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von Auslandsmissionen der Bundeswehr nicht unterstützen.

Ich habe deshalb die Regierungsbefragung im Deutschen Bundestag am 26. November zum Anlass genommen, um der Verteidigungsministerin auf den Zahn zu fühlen, wie sie als Vertreterin der Bundesregierung zu einer EU-Interventionsarmee steht. Eine Antwort auf meine Frage, ob sie die Souveränitätsfrage auch als „**leidig**“ empfindet, wie der Koalitionspartner SPD, ist sie mir dabei erwartungsgemäß schuldig geblieben.

Ein Video zur Befragung finden Sie [hier](#).



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
 - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka

Reform der Geldwäsche? Ziel müssen die Clans bleiben, keine Verschlimmbesserung

Dass es sich in Deutschland gut und gerne als krimineller Clan leben lässt, ist leider in einschlägigen Kreisen ein alter Hut. Längst wird Geld aus Drogen, Spielhallen oder auch einfach Banküberfällen im großen Stil investiert, also gewaschen. Der Raub der 100 kg Goldmünze aus dem Bode-Museum, Beutezug im Grünen Gewölbe. All das muss als legales Geld erscheinen, will man es genießen.

Das bisherige Geldwäschegesetz (GwG) sah für Banken und sonstige Finanzdienstleister gewisse Meldepflichten vor, wenn bei Kunden der Verdacht auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (vereinfacht gesagt) bestand. Grundlage ist der § 261 StGB. Vermögen konnte eingezogen werden, wenn dieses aus entsprechenden Taten „herrührte“. Also war es einerseits nicht so leicht, das Geld reinzuwaschen, solange die Konten und Güter nachverfolgbar waren und ein Gericht von dem „Herrühren“ überzeugt war. Andererseits gab es nur eingeschränkte Meldepflichten.

Nun bahnt sich eine Gesetzreform der Bundesregierung an, wie immer getrieben aus Brüssel, dies zu ändern. Völlig kopflos wird jedoch folgendes geplant: Streichung der abschließenden Liste, was Geldwäsche darstellt und damit auch bei welchen Verdachtsmomenten Kreditinstitute usw. Meldung machen müssen. Gleichzeitig wird die Vermögensabschöpfung völlig verschlimmbessert. Es müssen durchweg eingeweihte Geld-Schieber handeln. Leichtfertig die Millionen des

Hartz4-Empfängers anlegen reicht nicht mehr aus. Wenn ein halbwegs plausibel „Ahnungsloser“ in der Geldwäschekette auftaucht, dann könnte nicht mehr eingezogen werden! Da mag es noch so sehr (offensichtlich) herrühren.

Die Streichung der Vortaten scheint nur auf den ersten Blick sinnvoll. Natürlich gibt es Fälle, bei denen effektiver ermittelt werden kann wenn irgendein Verdacht ausreicht. Jedoch führt dies dazu, dass jeder Fehler bei z.B. Steuerfreibeträgen der eigenen Steuererklärung dazu führt, dass man von seiner Bank als Geldwäscher gemeldet werden muss. Das ganze Konto ist „kontaminiert“. Auch kann die Bank ggf. das Konto kündigen. Sachverständige aus Justiz und Anwaltschaft sehen den Reformansatz daher ebenfalls mehrheitlich als Reinfall und jenseits der Realität. Wichtig muss sein: schnelle Abschöpfung von Clan-Vermögen! Dort trifft man die Zeitgenossen wo es weh tut. Während des Verfahrens ist das Haus oder das Auto dann ebenfalls weg. Daher keine Unterbrechung der Geldspur durch leichtfertige, windige Vermögensverwalter oder den naiven Ehepartner. Den Vortatenkatalog nur um sinnvolle Aspekte erweitern. Zollvergehen im nicht-gewerblichen Bereich zum Beispiel. Sonst sind die Meldekanäle und Konten an sich rechtstreuer Bürger zu schnell als Schwarzgeld gebrandmarkt, während die echten Täter erneut Deutschland eine lange Nase drehen können.



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Natur- und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

2020 Ein Rückblick

Ein turbulentes Jahr neigt sich dem Ende. Ich hätte Ihnen gern eine besinnliche Adventszeit und frohe Weihnachten gewünscht. Aber da der Söder den totalsten Lockdown aller Zeiten ankündigt und ihm die Härte nicht härter sein kann, werden Sie wohl nicht im gewohnten Kreise Ihrer Liebsten die Weihnachtstage verbringen können.

Eine positive Meldung gibt es: Die GEZ-Gebühren sind bisher nicht angehoben worden, da die CDU in Sachsen-Anhalt den Druck der AfD spürt und sich daher unnachgiebig erwiesen hat. Anfang des Jahres sind die Öffentlich-Rechtlichen mal wieder mit Hetze aufgefallen. Das Lied „Meine Oma ist `ne Umweltsau“ zog großen Unmut auf sich. Daher ist es nicht verwunderlich, dass in großen Teilen der Bevölkerung Widerstand gegen die GEZ wächst!

Ansonsten gibt es fast nur Horrormeldungen für die Demokratie im Lande: Die BLM-Demos in Zeiten von Corona fanden statt, die Querdenken-Demos wurden verboten. Dann gab es plötzlich „Partyszenen“ in Stuttgart mit großer Zerstörungswut aus gewissen Einwan-

derungsmilieus. Terror erschütterte Deutschland, Frankreich und Österreich. Gleichzeitig beschloss aber der Bundestag eine weitere Milliarde Euro im Kampf gegen rechts.

Unzählige Youtube- und Facebook Kanäle wurden gelöscht und gesperrt, die es wagten, die aktuelle Corona-Politik zu hinterfragen oder aber die Rechtmäßigkeit der US-Wahlen kritisch zu betrachten.

Und zur „Krönung“ des ganzen Irrsinns verabschiedete der Bundestag die größten Grundrechtseinschränkungen seit Bestehen der Bundesrepublik.

All das sind keine erfreulichen Nachrichten. Dennoch fordere ich Sie auf, nicht aufzugeben. Das nächste Jahr wird wieder kein leichtes sein. Unzählige Wahlkämpfe stehen bevor, während wir davon ausgehen müssen, dass der Verfassungsschutz uns angreifen wird und unsere Medien zensiert werden. Bleiben Sie uns treu! In diesem Sinne trotzdem eine besinnliche Weihnachtszeit!



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

 /sichertmartin

 /UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA

 /martinsichert

 /Martin_Sichert

 t.me/martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

Corona: Altparteien im Bundestag immer weltfremder!

Die Corona-Politik von Union und SPD treibt Deutschland ins wirtschaftliche und soziale Chaos. Obwohl Gesundheitsminister Spahn noch im Sommer tönte „Man würde mit dem Wissen heute, das kann ich Ihnen sagen, keine Friseur mehr schließen und keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht noch mal passieren“, haben Noch-Kanzlerin Merkel, Möchtegern-Kanzler Söder und die restlichen 15 Ministerpräsidenten-Groupies unser Land erneut in eine Schockstarre versetzt.

Im Bundestag hat die Opposition dem traurigen Schauspiel nur wenig entgegenzusetzen:

Die Grünen unterstützen die Politik der Bundesregierung – in der Hoffnung, künftig als Juniorpartner einer schwarz-grünen Regierung an die Macht zu kommen.

Die Linke beschränkt sich auf ihren ideologischen Kampf gegen Rechts und sozialistische Umverteilungsphantasien, anstatt die unsägliche Corona-Politik der GroKo in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen.

Und die FDP? Sie forderte nach Bekanntwerden des Lockdowns doch glatt, den Einzelhandel durchgehend für 48 Stunden zu öffnen. Typisch FDP, sie denkt kein bisschen an die Arbeitnehmer. Wie soll ein Mittelständler 48 Stunden am Stück öffnen? Ich habe selbst jahrelang im Einzelhandel gearbeitet und kann aus eigener Erfahrung sagen, dass es kurzfristig völlig utopisch und weltfremd ist, zwei Tage in Folge rund um die Uhr zu öffnen. Die Arbeitsleistung im Einzelhandel ist gerade vor Weihnachten eh schon immens für alle Beschäf-

tigten. Die Öffnungszeiten verdoppeln zu wollen, ist eine Zumutung und zeugt von keinerlei Respekt vor der harten Arbeit vieler Beschäftigter im Einzelhandel.

Einzig die AfD-Bundestagsfraktion bezog klar Stellung: Der 2. Lockdown ist ein historischer Fehler und durch nichts zu begründen; eben so wenig, wie das von CDU/CSU, SPD und Grünen beschlossene Allmachtsgesetz.

Mein Büro hat unzählige Statistiken und Studien ausgewertet: Über 90% der Menschen, die mit Atemwegserkrankungen stationär behandelt werden, haben kein Corona (lt. Studie der Initiative Qualitätsmedizin). Seit Monaten hat sich zudem die Zahl der bundesweit belegten Intensivbetten nicht erhöht und liegt auch jetzt – mitten in Söders künstlich herbeigetesteter 2. Welle – bei gut 22.000 (lt. DIVI-Intensivbettenregister). Engpässe bei Intensivbetten gab es auch in den letzten Jahren während diverser Grippe-Wellen – nur berichteten Mainstream-Medien nicht rund um die Uhr darüber und verkündeten ungefilterte Regierungspolitik.

Covid-19 ist Mittel zum Zweck, um die viel zitierte „neue Normalität“ zu realisieren. Eine Normalität, die den Menschen Bürger- und Freiheitsrechte nimmt. Eine Normalität, die unser Grundgesetz aushebelt und den Regierenden quasi Narrenfreiheit gibt.

Nur eine starke und geeinte AfD kann im Wahljahr 2021 dafür sorgen, dass die Interessen des Volkes wieder im Bundestag und den Landtagen vertreten werden.

Wie Brüssel und Berlin den deutschen Verkehrssektor ruinieren

„Verkehrswende“ brutal

Arbeitslosigkeit, Wohlstandsverlust, Steuergeldvergeudung in Milliardenhöhe: das wird die ideologische Vorgabe aus Brüssel bringen, die 55% CO₂-Minderung bis zum Jahr 2030 vorschreiben soll – Erinnerungen an sozialistische Planwirtschaft, nun per Zehnjahresplan, liegen da nahe. Die Haushaltsdebatte im Dezember gab Gelegenheit, das auch im Bundestag anzusprechen.

Gerade im Verkehr sind CO₂-Minderungen besonders schwierig. Seit 1990 hat sich der CO₂-Ausstoß in diesem Sektor kaum verändert, und das hat seinen Grund: Zwar werden Motoren effizienter, aber das hat technische Grenzen – und andererseits hat mehr Wohlstand auch mehr Verkehr gebracht. Akkus haben eine deutlich geringere Energiedichte als flüssige Kraftstoffe. Und jetzt bis 2030 55% CO₂-Minderung?

Trotz aller Nachteile, fehlender Ladeinfrastruktur und drohenden Strommangels setzt Brüssel mit brutaler Härte auf E-Autos. Durch die Hintertür sollen Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab 2025 verboten werden: gegen den Rat der Fachleute extrem streng angesetzte Abgasgrenzwerte der geplanten „Euro 7“-Norm dürften unerfüllbar sein. Die AfD-Fraktion hat dazu im

Bundestag bereits eine Debatte erzwungen.

Um die Planziele zu erreichen, wird auch beim Spritpreis ein großer Hebel angesetzt. Zum Jahreswechsel steigt er in Deutschland durch die neue CO₂-Steuer im ersten Schritt um 7 bis 8 Cent pro Liter, und durch die MwSt.-Erhöhung um weitere 3 Cent! Milliarden für die zweifelhafte E-Auto-Förderung, bei Durchsetzung dieser Strategie ein beispielloser Einbruch der Mineralölsteuer – das sind die Folgen für den Haushalt. 400.000 der rund 800.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie stehen durch den E-Auto-Umstieg auf dem Spiel. Wer das im Bundestag anspricht? Die AfD!

Die meisten Wähler sehen noch gar nicht, was da auf sie zukommt. Nach der Lockdown-Rezession droht für die 20er Jahre eine Öko-Rezession. Der Atomausstieg im deutschen Alleingang wird die Erfüllung der CO₂-Planziele weiter erschweren. Mangels Steuereinnahmen dürfte die Verschuldung drastisch steigen. Gute Aussichten sind etwas anderes! Deutschland braucht weniger Ideologie und mehr Marktwirtschaft statt Planwirtschaft. 2021 ist Wahljahr. Sagen wir es den Wählern, immer wieder!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /W.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**